

Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 559 / 2013

Kiel, Freitag, 13. Dezember 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Bildung / Befristete Beschäftigung von Lehrkräften

Anita Klahn: Die Bildungsministerin rudert zurück, anstatt das Problem ernsthaft anzugehen

In ihrer Rede zu Top 48 (Befristete Beschäftigung von Lehrkräften) erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Im Ausschuss haben wir lange um die Formulierung gerungen, die zu dem vorliegenden acht Seiten umfassendes Papier führte. Der gefundene Kompromiss, auch zur Zeitschiene, sollte die Landesregierung in die Lage versetzen, ein ausgereiftes Konzept zur Reduzierung von befristeter Beschäftigung von Lehrkräften vorzulegen.

Was die Landesregierung jetzt hier vorgelegt hat, ist völlig unzureichend und kann auch kaum ihrem eigenen Anspruch genügen. In einem kurzen Abschnitt wird erklärt, was alles nicht geht, dann noch zwei Pressemitteilungen des Ministeriums verfrühstückt, fertig.

Ich erinnere noch einmal an die Worte der Bildungsministerin, ‚Lehrer dürfen nicht wie Leiharbeiter behandelt werden‘, die so mehrmals artikuliert, dass sie Zeitverträge bei Lehrern eigentlich ganz abschaffen will. Genauso kritisierten die Koalitionsfraktionen das ‚Hire and Fire‘.

Ich stelle noch einmal die Zahlen fest. Der Bericht weist 1.507 Lehrkräfte aus, die im Oktober dieses Jahres befristet beschäftigt waren. Zum Vergleich im Jahr 2011 waren 1.456 Lehrkräfte befristet. In den über 18 Monaten, die diese Koalition regiert, hat sich also trotz der hehren Worte faktisch nichts an der Gesamtsituation geändert.

Der Antrag, der Grundlage für diesen Bericht war, hat auch gar nicht das Ende aller befristeten Arbeitsverhältnisse gefordert, sondern hatte zum Ziel, Möglichkeiten zu schaffen, wie die Zahl der mit Ferienbeginn endenden Arbeitsverträge reduziert werden können. Dieser Punkt wurde fraktionsübergreifend unterstützt.

Leider bietet der Bericht hierfür gar keine Lösung, obwohl die Ministerin sonst nie um ‚kreative‘ Lösungen verlegen ist. Stattdessen führt die Landesregierung aus, dass befristete Verträge nicht immer vermieden werden können – eine Erkenntnis, die nicht neu ist – und dass ‚im Grundsatz an der bestehenden Praxis festgehalten wird‘.

Es ändert sich also nichts. Es wird verfahren wie immer. Stattdessen wird der Ball an das Parlament zurückgespielt und erklärt, wenn der Haushaltsgesetzgeber zwei Millionen Euro mehr bereitstellen würde, könnten 400 befristete Verträge über die Sommerferien bezahlt werden.

Ich stelle erst einmal fest, dass Sie, Frau Ministerin, sich entweder nicht dafür eingesetzt oder zumindest keinen Erfolg damit hatten, dass die Regierungskoalition diese Mittel in den Haushalt einstellt. Ehrlicherweise will ich trotzdem ganz klar sagen, dass auch wir Liberale diese Mittel nicht hätten bereitstellen wollen.

Meiner Fraktion ging es nie darum, alle befristeten Beschäftigungsverhältnisse aufzulösen, da wir überzeugt sind, dass es dieses flexiblen Instruments für den Vertretungsfall bedarf.

Uns ging es vor allem darum, zumindest den befristet beschäftigten Lehrkräften zu helfen, die nach Ende ihrer Befristung in den Alg-II-Bezug fallen würden, weil sie – eben durch den Wegfall der Beschäftigung in der Ferienzeit – die Anwartschaft für Arbeitslosengeld I gerade nicht erreichen.

Diesen Berufsanfängern sollte in einem ersten Schritt geholfen werden und ich hatte nach der letzten Debatte die Wahrnehmung, dass dazu interfraktioneller Konsens bestand.

Dazu finde ich aber in der Vorlage nichts. Deswegen meine dringende Bitte an das Ministerium, erneut diesen Aspekt im Einzelnen zu prüfen mit der Zielsetzung diese befristet angestellten Lehrkräften abzusichern, zum Beispiel durch eine Übergangsweise Nutzung unbesetzter Planstellen.

Noch ein paar kurze Sätze zu den anderen Punkten im Bericht. Die vom Ministerium eingeführte ‚Vertretungsfeuerwehr‘ überzeugt uns Liberale nicht. Zwar werden zu Lasten des Vertretungsfonds für einige Lehrer unbefristete Stellen geschaffen. Der Preis ist aber, dass ein flexibles Instrument eingeschränkt wird, um passgenaue Vertretungsregelungen zu finden. Folge ist dann möglicherweise, dass in der Praxis nicht die richtigen Lehrer, mit der richtigen Fächerkombination zur Verfügung stehen.

Und was geschieht mit den Lehrkräften, die den Vertretungsunterricht bisher als Überbrückung zum Referendariatsbeginn nutzen konnten. Fällt diese Möglichkeit jetzt ersatzlos weg?

Und warum wurde diese ‚Feuerwehr‘ nur für den schulamtsgebundenen Bereich eingeführt? Das sieht für mich so aus, als ob sie auch nicht abschließend überzeugt sind von diesem Instrument.“